

Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postfach Dresden 2640



Wird die auf weiteres von Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen f. die Woche 3.12.—9.12. 500 Millionen, durch unsere Auslieferung getragen in der Höhe 520 Millionen auf dem Lande 530 Millionen, durch die Post monatlich entsendend. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Auslieferung und Geschäftsstelle nehmen jedwergl. Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Raumzeile 20 Gehörfennig, die 3-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Gehörfennig, die 3-spaltige Anzeigenzeile im letzten Teile der Zeitung 50 Gehörfennig. Nachweisungsgebühr 20 Gehörfennig. Vorgeschiedene Anzeigenpreise u. Platzverhältnisse werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis viermalige 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist untersagt, wenn der Zeitung durch Klage eingezogen werden muß oder der Herausgeber in Konturs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichen.

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 143 — 1923 — 82. Jahrgang.

Donnerstag / Freitag 6. / 7. Dezember

Um Havensteins Nachfolge.

Rudolf Havenstein, Wirklicher Geheimrat, Erzelenz, als Nachfolger von Erzelenz Dr. Koch seit 1908 Präsident der Deutschen Reichsbank, ist verstorben. Er war, wie es für seine Endstellung kaum anders denkbar, aus dem höheren Bankfache hervorgegangen. 1890 schied er aus dem Justizdienste und trat zur Verwaltung über. Er wurde Vortragender Rat im preussischen Finanzministerium, 1900 Präsident der Kgl. Preussischen Seehandlung, der späteren Preussischen Staatsbank, deren Stammkapital auf seine Veranlassung von 34 auf jetzts 100 Millionen Mark erhöht wurde. Dann übernahm er die Präsidentschaft der Deutschen Reichsbank. Seinem Wirken ist die wohlverdiente Anerkennung nicht verlagst geblieben, mögen zuweilen auch Meinungsverschiedenheiten darüber aufgetaucht sein. Um seine Nachfolgerschaft scheint sich aber mehr aufzutun als bloße Meinungsverschiedenheiten.

Wir leben im Zeichen der Parteipolitik. Parteipolitische Abstempelung — möglichst nach links hin — scheint das Haupterfordernis, um die Eignung für öffentliche Reichs- und Staatsstellungen darzutun. Beispiele? — Man kann sie sich wohl schenken! Die letzten fünf Jahre wimmeln von solchen. Von den allerhöchsten Reichsstellen bis zu den Landräten, Kreis- und Amtshauptmännern, Schulleitern und so weiter herunter war die Zugehörigkeit zu der Partei, die die meisten Stimmen in die Wagtschale zu werfen hatte, ausschlaggebend. Männer — Könnert? — Bah, das lernt sich, man hat ja seine Väter!

Wohin wir dabei gekommen sind und noch kommen werden? Um die Nachfolgerschaft Havensteins scheint sich ein Parteistreit zu entwickeln. Dr. Hjalmar Schacht, der Reichswährungsminister wird genannt, der frühere Mitdirektor der Dresdner Bank. Zweifelloso eine Persönlichkeit, die sich unter der Anwartschaft vorteilhaft ausnimmt. Wenn nur eines nicht zu denken gäbe: Die noch immer ungenügend geregelte Währungsreform! Sie erfordert einen ganzen Mann! Sie erfordert aber auch, daß der Mann und Finanzfachverständige, der diese Regelung in den Händen hält, sie nun auch zu Ende führt. Der immerwährende Personenwechsel in den wichtigsten politischen wie vor allem wirtschaftlichen Führerstellungen ist um nicht vieles weniger eine Ursache unseres Niederganges, wie die vorerwähnte parteipolitische Abstempelung.

Dann Dr. Karl Helfferich! — Viel zu lange ist ein so eminent genialer Kopf wie der dieses Rheinpfälzers ungenutzt geblieben! Sein Werdegang ist zu bekannt, als daß er hier der Wiedergabe bedürfte. Aber, aber: er ist führendes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei! Wenn den Herrschaften von ganz links ein Grufeln die Rücken entlang läuft, wenn nur der Name dieses Mannes genannt wird, so mag das verständlich sein. Sowjet-Rußland wird ihn nicht auf den Schilb erheben, wie es bei der Besetzung der Ministerposten im Freistaate Sachsen unter der unseligen Herrschaft Zeigners die Hände im Spiel hatte. Daß die Mehrheitssozialisten sich langsam vor dem Stern aus Osten beugen, hat der Dresdner Parteitag bewiesen. Daß die bürgerlichen Parteien des Koalitionsrestes Stresemann ihm nicht gerade „Hosianna!“ entgegenhören, mag auch noch hingenommen werden. Das Bedauern fängt hier aber bereits an. Das Bedauern, daß auch ihnen noch immer die Einsicht nicht kommen will, ohne die eine Trennung von Person und Parteistempel nicht möglich ist, wo die Besetzung solch eminent wichtiger Posten in Frage steht, wie der Präsidentschaftsstuhl der Deutschen Reichsbank.

In Staunen aber muß sich das Bedauern auswirken, wenn rechtsgerichtete Zeitungen von der Bedeutung der Leipziger Neuesten Nachrichten dieser Kandidatur Knüppel zwischen die Beine zu werfen trachten. Rechnen sich die „L. N. N.“ nicht mehr zu den rechtsgerichteten Zeitungen? — Gehört ihre Bedeutung der gleichen Vergangenheit an, der ihre früheren geistigen Führer verfielen? (Wir nennen nur einige Namen wie Professor Hasse, Dr. Paul Eimann, Dr. Ferd. Grautoff!) Wie wäre es sonst möglich, daß sich in ihre Spalten der Satz einschleichen konnte:

„Es bleibt zu betonen, daß namentlich die demokratische Presse die politische Bedeutung einer Ernennung Dr. Helfferichs untertreibt, weil der Leiter des autonomen Zentralinstituts die Finanzpolitik des Reiches wesentlich beeinflussen und damit im Zusammenhang mit seiner parteipolitischen Einstellung die finanziellen Interessen des Reiches nur allzuleicht einseitig und zum Nachteil des Reiches (sic!) behandeln konnte.“

Die demokratische Presse schiebt die Zeitung bis in den „L. N. N.“ (wie sich die „Leipziger N. N.“ lange Jahre hindurch voll Stolz bezeichneten) mit verschämtem Augenwinkelschlag als Vister vor ihr Gesicht. Sie, die das Alldeutschtum jahrzehntlang weißlich sichtbar auf ihre Fahne geschrieben, — die zu Zeiten, als man den Namen Bismarck innerhalb der grün-weißen Grenzen noch kaum vernehmbar hinaushören durfte, den deutschen Einheitsgedanken laut verkündete, — die jahrzehntlang in seltener Einmütigkeit zwischen Verlags- und Schriftleitung durch kaum zu über treffende Aktualität in der Nachrichtenvermittlung, durch einen hervorragenden Stab erster Mitarbeiter, durch ebenso glänzende verlegerische wie redaktionelle Eignung die Leswelt nicht nur von ganz Leipzig, sondern weit, weit darüber hinaus für sich einzuspannen wußte und ihr die eigenen Meinungen und Ziele aufzuzwingen verstand; — haben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“

Landespräsidenten als Spitzbuben.

„Wieder einer!“ So überschrieben die sozialdemokratischen Blätter früher die Meldungen, wenn einmal im früheren Reiche ein Staatsdiener eine Dummheit begangen hatte. Die Zeiten haben sich gewandelt!

„Wieder ein sozialdemokratischer Präsident!“ Soll das heute zur tausenden Ueberschrift werden?

Merges verhaftet.

Braunschweig, 4. Dezember. August Merges, der Präsident des Freistaates Braunschweig, ist in Untersuchungshaft genommen worden, weil er verdächtig erscheint, als Helfer an einer Einbruch- und Diebstahlsaffäre beteiligt zu sein. Auch der Gastwirt Kanj, der frühere Volkskommissar für Volksbildung (!!) ist in Haft genommen worden.

Rhein- und Ruhrkonferenz.

Berlin, 4. Dezember. Wie die Telegraphen-Union erfährt, fanden am Dienstag Besprechungen statt, an denen Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung und Vertreter des Rhein- und Ruhrgebietes teilnahmen. Im Verlaufe der Aussprache wurden sämtliche Fragen, die das Rhein- und Ruhrgebiet betreffen, erörtert, in erster Linie die Finanzfrage, die Währungsfrage und die Ernährungslage. Die Besprechungen sollen als Grundlage für neue Beschlüsse der Reichsregierung dienen.

Billigere Kohlen.

Berlin, 4. Dezember. Wie die Blätter aus Essen melden, ist ziemlich bestimmt mit einer Herabsetzung der Kohlen-Goldmarkpreise zu rechnen, nachdem die Arbeitszeit im Bergbau geregelt sein wird.

Die Rentenmark in der Schweiz.

Zürich, 4. Dezember. Das neue wertbeständige deutsche Geld kommt auch in der Schweiz mehr und mehr in den Verkehr. Im Kleinhandel wurde heute für die Rentenmark 1,30 Francs gezahlt, für eine ganze Dollarschwanzung 6,50 Franken. (Kurs heute in der Schweiz 6,75.)

Die englischen Arbeitslosenziffern.

London, 4. Dezember. Nach einer Mitteilung des Arbeitsministeriums betrug am 26. November die Zahl der Arbeitslosen in England 1218200 Köpfe, d. h. 16477 weniger als in der Vorwoche und 267000 weniger als am 1. Januar d. J.

Amerika fordert endgültige Einladung.

Paris, 5. Dezember. Der „New York Herald“ meldet, das Staatsdepartement hat mitgeteilt: Die Stellung der Regierung in der Reparationsfrage ist nach wie vor

unverändert. Offiziell verlautet, das Staatsdepartement habe zwar Mitteilung von Vorschlägen der Repto über eine Untersuchung der deutschen Finanzlage erhalten, jedoch nicht so, daß sie als eine Einladung zur Teilnahme an einer der Untersuchungsausschüsse auszulegen wäre. Bevor nicht den Vereinigten Staaten eine endgültige Einladung zugeht, wird die Regierung keine offizielle Erklärung über ihren Standpunkt abgeben.

Milderung der Ruhrbesetzung.

Paris, 4. Dezember. Ueber die beabsichtigte Milderung der Ruhrbesetzung wird heute abend folgendes Communiqué des Ministeriums des Außern ausgegeben: Auf Antrag des Generals Degoutte hat die französische und die belgische Regierung beschlossen, jetzt gewisse Milderungs- und Begnadigungsmassnahmen zu Gunsten der Ausgewiesenen und Verurteilten eintreten zu lassen. General Degoutte ist der Ansicht, daß der passive Widerstand eingestellt sein wird, sobald die Arbeit in den Gruben und Fabriken effektiv wieder aufgenommen würde und die Vereinbarungen mit dem Reiche für den Betrieb der Eisenbahnen im Rheinlande und im besetzten Gebiete von der Berliner Regierung ratifiziert würden und zur Ausübung gelangt sind. Als der Tag für den Beginn der Ausführung ist der 10. Dezember festgesetzt. Die Umgruppierung der militärischen Kräfte zur Milderung des Kompaktes mit der Bevölkerung hat bereits begonnen und wird in zunehmendem Maße fortgesetzt.

Bergarbeiterverbände zum Uebersichtsabkommen.

Bochum, 4. Dezember. Der alte Bergarbeiterverband hat mit 99 gegen 92 Stimmen dem Uebersichtsabkommen zugestimmt. Ebenfalls zustimmend erklärten sich die Organisationen der Hirsch-Dunkerschen Bergleute und die polnische Berufsvereinigung.

Blutige Unruhen in Elberfeld.

Elberfeld, 5. Dezember. Wie die „Vergischmärktische Zeitung“ mitteilt, kam es gestern vormittag bereits in Elberfeld zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften in der Innenstadt durch Erwerbslose, die die Annahme der Unterstützung verweigert hatten. Am Nachmittag hielten mehrere Tausend Erwerbslose an der Grenze des besetzten Gebietes eine Versammlung ab. Sie versuchten dann, geschlossen in die Stadt einzudringen. Die Schupo trat den Demonstranten energisch entgegen. Als aus der Menge ein Schuß fiel, wurde das Feuer von der Schupo erwidert. Auf Seiten der Schupo wurden 4 Mann verletzt, während die Demonstranten viele Verwundete und mehrere Tote aufzuweisen haben. Man spricht von 9 Opfern. Aus Neidiges von den Demonstranten zum Schutze herbeigerufene französische Soldaten griffen nicht ein, sondern zogen sich wieder zurück. Die Schupo ist Herrin der Lage.

diesen Notau vor der demokratischen Presse nötig? — Wukte es sein, daß sie ihrer nahezu 30jährigen Tradition, die sie in die Reihe der verbreitetsten, angesehensten, führenden Zeitungen Deutschlands hinaufhebt, den Fußtritt verweigern, indem sie einem Dr. Helfferich „einseitige und zum Nachteil des Reiches behandelte Interessen“ vorzuwerfen wagen, weil Helfferich deutschnational ist?

Viel hat sich in Bezug auf das Zeitungsweesen in Leipzigs Mauern zugetragen innerhalb der letztverfloffenen 30 Jahre, die nun ins Land gingen, seit Herr Edgar Herfurth den unbedeutenden alten „Leipziger Nachrichten“ die Titelerweiterung in Neueste Nachrichten als neues Reis aufspießte. Keine der zahlreichen Presse-Neu- und Umgründungen, der Titel- und Tendenz-, Format- und sogar Strafenlageveränderungen vermochten dem Koloß am Peterssteinwege etwas anzuhaben. Er sah sie alle kommen, vegetieren, gehen, ohne durch Konkurrenzneid angekränkt zu werden. Die „L. N. N.“ waren im Besitz der Anzeigen, der großen wie der kleinen. Ihnen lag die halbe Bewohnerschaft Sachsens als Leser zu Füßen. Seufzte auch zuweilen der Inserent unter der diktatorischen Preisfestsetzung für die Anzeigenzeile — ging man an den zahlreichen Stammischen auch recht oft gar männiglich scharf mit der Redaktion ins Gericht, wenn eine Meinungsäußerung gar zu willensstark und

dem Leipziger Philistertempfinden zuwiderlaufend hervortrat, — eine Meinung, eine Notiz, ja eine rein sachliche Meldung war einfach nicht eher glaubwürdig, als bis sie in den „Nachrichten“ erschienen war!

(Dieses Charakteristikum, daß einer Zeitung um so eher Gehör geschenkt wird, daß sie sich um so rascher und nachhaltiger Geltung verschafft, je stärker sie austritt, mit um so größerer Wichtigkeit sie der Leserschaft Willen und Meinung aufzwingt, — sollte es nicht anderen, höheren Ortes zur Nachseherung anspornen?)

Da kam die Revolution, und krachend und zische:nd fuhr sie den Herren der bis dahin unentwegten „L. N. N.“ in die schlotternden Gebeine! Kam — ihnen noch ein Gewaltigerer: — Ulstein! — Da war's um sie geschehen. Mag auch die Demokratie in deutschen Landen auf das Recht dauernden Verweilens ebenso vergeblich gehofft haben wie die ihr so sinnesverwandte rote Internale, — wenn Blätter vom Schlage der „L. N. N.“ sich zu dem Versuche herbeilassen, einen Mann von den un-unbestreitbaren Qualitäten eines Dr. Helfferich zu besubeln, weil er deutschnational, so beweist das das Vorhandensein eines noch stärkeren Inbegriffs von Internationalismus: Ulstein!

F.

Im Reichstage stellte Reichskanzler Dr. Marx die neue Regierung vor und begründete das Ermächtigungsgesetz.

Kann der Reichstag aufgelöst werden?

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Als das erste Ermächtigungsgesetz an dem Widerstand des Reichstages zu scheitern drohte...

Ja, ist denn das im gegenwärtigen Augenblick überhaupt verfassungsmäßig möglich?

Der Reichspräsident ist es, der den Reichstag auflöst; aber er bedarf für die Verordnung, die diese Auflösung auspricht — wie für alle seine Anordnungen und Verfügungen — der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder eines Ministers.

Es ist also eine derartige Amtshandlung vollzieht, bedarf es also irgendeines mehr oder weniger deutlichen Ausdrucks dafür, daß der Reichstag zu ihm „Vertrauen“ hat.

Unmöglich ist natürlich, daß der bisherige Kanzler Dr. Stresemann die Gegenzeichnung einer Auflösungsorder vollzieht, weil ihm das Vertrauensvotum des Reichstages die verfassungsmäßige Voraussetzung für die Amtsführung nahm.

Kann man nun bei dem neuen Reichskanzler Dr. Marx das Vertrauen des Reichstages für seine Amtsführung — er will angeblich sich dieses Vertrauen nicht ausdrücklich vollziehen lassen — überhaupt voraussetzen?

Was durch diese Erwägungen bewiesen werden soll? Nichts anderes, als daß die Formen der Verfassung nichts Starres, nichts Ewiges sind, sondern sich der Entwicklung der wirklichen Kräfte in der Nation anzupassen haben.

Reichsrat und Ermächtigungsgesetz. Mit 45 gegen 9 Stimmen angenommen. Der Reichsrat hat in seiner Dienstag-Sitzung das vielumstrittene Ermächtigungsgesetz mit 45 gegen 9 Stimmen angenommen...

Der Reichsrat hat in seiner Dienstag-Sitzung das vielumstrittene Ermächtigungsgesetz mit 45 gegen 9 Stimmen angenommen, also mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Majorität.

Der Vorlaut des Entwurfs, wie er dem Reichsrat vorlag, war folgender: § 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk

und Reich ist erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

Reich und Länder.

Eine Ansprache des neuen Kanzlers.

Berlin, 4. Dezember.

Heute trat der Reichsrat zu einer Sitzung zusammen, um das Ermächtigungsgesetz zu beraten. Die Verhandlungen leitete der neue Reichskanzler selber.

Ich will es mir nicht verkagen, gleich in dieser Sitzung des Reichsrates einige Worte an Sie zu richten und Ihnen meine Gedanken über das Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und den Ländern ganz kurz darlegen.

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und den Ländern

führen, die die nicht ganz ausgedehnte Art der Verfassung mit sich bringt, nur durch gegenseitiges Vertrauen und durch gegenseitige Verständigung erledigt werden sollen.

Ich werde Ihnen, soweit es meine schwache Kraft vermag, in jeder Frage gern zur Verfügung stehen. Mein erstes Ziel soll es sein, den Bestand des Reiches und der Länder und ihr Wohlergehen zu sichern.

Der Vertreter Preußens, Weismann, dankte namens des Reichsrates dem Kanzler für seine Ausführungen und betonte, daß auch der Reichsrat wisse und es hoch anerkenne, daß nur die furchtbare Not des Vaterlandes den Kanzler veranlaßt habe, die Bürde des Amtes auf sich zu nehmen.

Regierungserklärung im Reichstage

Vorstellung des neuen Kabinetts.

(394. Sitzung.) OB. Berlin, 4. Dezember.

Selten ist so wie heute ein sogenannter großer Tag des Parlaments so ruhig verlaufen und von einer Sitzung von so kurzer Dauer ausgefüllt gewesen.

Sitzungsbericht.

Der Kanzler stellt das neue Kabinet dem Hause vor. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte für Wiederaufbau ist der Staatssekretär Dr. Müller beauftragt.

Reichskanzler Dr. Marx

beglückt zur Einleitung mit besonderem Dank, daß Dr. Stresemann sich bereitgefunden habe, das Amt des Außenministers zu übernehmen.

fürchterlichen politischen und finanziellen Lage unseres Vaterlandes

sei es die wichtigste und erste Pflicht eines jeden, der im Partei- und öffentlichen Leben stehe, vor allem aber auch eine Pflicht der Regierung, alles zurückzustellen, was irgendwie geeignet ist, die leider schon aus großen Gegensätzen in unserem Volke zu vertiefen.

Rein Kampf geht weder gegen rechts, noch gegen links, sondern gegen alle diejenigen, die dem deutschen Volke mit Gewalt und List das Rechte rauben wollen, was und gebildet ist: „Die Einheit der Nation.“

wegenmache auszugleichen und das Herbestreben neuer zu vermeiden. Die ganze Kraft der Regierung und der politischen Parteien muß darauf gerichtet sein, unser Volk und unser Vaterland aus dem tiefen Abgrund wirtschaftlichen und finanziellen Verfalls, in den wir durch den unglücklichen Ausbruch des Weltkrieges geführt sind, wieder herauszuheben und zu retten.

Der Reichskanzler erinnert an die Ausführungen des Finanzministers, der den geradezu katastrophalen Stand unserer Finanzen dargelegt habe, und fügt hinzu: In der Finanzfrage sieht sich die Regierung vor eine Aufgabe von einer Vielzahl in der Weltgeschichte nie dagewesenen Schwierigkeit gestellt.

Eine sehr wesentliche Erhöhung der Einnahmen, die planvoll vorbereitet war, muß sofort in die Tat umgesetzt werden.

Dazu kommt, daß über die Einzelheiten der äußeren und inneren Politik in verschiedenen Reden der letzten Regierung ausführliche Darlegungen erfolgt sind.

Ermächtigungsgesetz

ansuchen zu sollen, das ihr in ausreichendem Maße die Möglichkeit gewährt, mit der durch die Zwangslage erforderten Schmelzleistung des Ermessens und genauester Prüfung der Verhältnisse für erforderlich und zweckmäßig hält, das gewünschte Ziel zu erreichen.

Es ist nur noch eine Frage von Tagen, ob und noch im letzten Augenblick die Rettung vor dem drohenden völligen Verfall gelingt.

Reich und einzelnen Ländern

in vielfachen Beziehungen geprägt ist. Es soll meine erste und wichtigste Aufgabe sein, in kürzester Zeit die Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern herbeizuführen.

militärischen Ausnahmezustandes.

Angeichts der Umstrukturierung verdrängter Elemente zur Erreichung ihrer politischen Ziele, aber auch angesichts der Wirkungen geringer Aufbesserungen, Lebenspflünderungen usw.

Unter diesen Umständen ist der militärische Ausnahmezustand zurzeit nicht zu entbehren.

Ihre besondere Aufmerksamkeit und tätige Fürsorge wird die neue Regierung den besetzten Gebieten zuwenden.

Zugehörigkeit des Rhein- und Ruhrgebiets

zum Reiche und zu den Ländern unbedingt festhält. Der Reichskanzler schließt mit der Bitte an die Volksvertretung, sich allein von dem Gebanten leiten zu lassen: Alles Trennende soll vor der Not der Stunde zurückgestellt werden!

Nach der Rede des Reichskanzlers schlug der Präsident vor, die Sitzung auf Mittwoch zu vertagen.

Um das Ermächtigungsgesetz.

Die sofort nach der Regierungserklärung eingetretene Vertagung hat den Zweck, den Fraktionen und ihren Führern Gelegenheit zu geben, zu prüfen, ob ein Ausweg aus der verfahrenen Situation gefunden werden kann.

Wie man von besonderer parlamentarischer Seite erfährt, wollten sowohl die Deutsche Volkspartei als auch die Sozialdemokraten dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen.

In der Hauptsache würden die Parteien, die nicht zu der neuen Koalition gezählt werden, das Zustandekommen des Gesetzes ermöglichen, weil sie dem Volke in dieser schweren Zeit die Aufregung eines Wahlkampfes ersparen möchten.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für Leser, die sich an der Redaktion abgeben.

Wilsdruff, am 5. Dezember 1923.

Der Brotpreis.

Bezugnehmend auf die Veröffentlichung im „Wilsdruffer Tageblatt“ Nr. 142: „Ist der hohe Brotpreis berechtigt oder nicht?“ antwortet die Bäcker-Zunft folgendes: „Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß unsere Kunden nur weißes Brot verlangen, nachdem selbige nach achtjähriger Zwangswirtschaft genug mit Schwarzbrot füttert nehmen mußte. Das Verfahren im Kornereinkauf, welches der Kalkulation zugrunde gelegt ist, kommt bei uns nur in ganz geringen Mengen in Frage, jedoch sollen Schritte dazu unternommen werden. Bis jetzt waren wir meistens auf den Mehleinkauf angewiesen. Folgende kurze Gegenüberstellung der Vorkriegspreise zu den heute geltenden Preisen sollen dem Einsender und hoffentlich auch der Einwohnerschaft von Wilsdruff zeigen, daß der heutige Brotpreis berechtigt ist.“

Heute kostet	1 Pfd. Mehl 21 Pfg.
	1 Pfd. Brot 21 Pfg.
Im Juli 1914 kostete	1 Pfd. Mehl 12 Pfg.
	1 Pfd. Brot 12 1/2 Pfg.

Schon von jeher galt der Grundlag: 1 Pfund Mehl = 1 Pfund Brot.

Im Juli 1914 kostete 1 Zentner Roggen 8 Mk.
1 Zentner Roggenmehl 12 Mk.

Das ergibt eine Unkostenspanne von 50 Prozent.

Heute kostet 1 Zentner Roggen 9,40—9,50 Mk.

1 Zentner Roggenmehl 21 Mk.

Das ergibt eine Unkostenspanne von 120 Prozent.

Billigeres Mehl ergibt billigeres Brot.“

(Nun: Müller, Müller, — rebel)

Die fortwährenden Störungen in der Stromzuführung von Deuben sind in den letzten beiden Tagen für die arbeitenden Betriebe unerträglich geworden. Wie gestern, so wurde auch heute der Strom mehrmals unterbrochen. Bis gegen zwölf Uhr dauerte die längste und hoffentlich letzte Unterbrechung. So stand geschrieben, als der Druckerlehrling pflichtschuldigst meldete: der Strom ist wieder weg! Und das nachmittags 3 Uhr, wo in der Zeitung Hochbetrieb herrscht. 4 Uhr und noch kein Strom! Als Folge: die Zeitung kann nicht zur Zeit gedruckt werden und die Leser warten vergebens auf sie. Alle Anfragen hier wie in Deuben nach warum und wie lange waren vergebens. Aber beschleunigt mit aller Schärfe noch eine Frage: wer trägt den durch die öfteren Unterbrechungen entstandenen und noch entstehenden Schaden? U. A. w. g.

Ein Unfall beim Rodeln ereignete sich am Montag abends 6 Uhr am Sachsdorfer Weg gegenüber der Zimmermannschen Gärtnerei dadurch, daß ein vom Kirchberge herunterfahrender Rodeler der nach der Stadt zu gehenden älteren Frau D. hier in die Beine fuhr und sie nach rückwärts zum Stürzen brachte. Die Frau mußte in ihre Wohnung gebracht werden. — Bei dieser Gelegenheit möchte auf das Fehlen einer geeigneten Rodelbahn in der Nähe der Stadt hingewiesen werden. Die Bahn vom Kirchberge würde ja allen Anforderungen entsprechen, wenn nicht der untere Teil in einen öffentlichen Weg einmündete, wodurch der Verkehr für Personen und Geschirre namentlich in der Dunkelheit, wo eine Uebersichtlichkeit unmöglich ist, gefährlich wird. Sperrt man aber diesen unteren Teil durch Streumaterial, so geht das angenehme bei einer Rodelbahn — der Auslauf — verloren.

Zeichnet für das Reichswehrprophet, denn es ist soziale Pflicht aller Wirtschaftsgruppen (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe), jetzt, nachdem die Reichswehr den Schutz der Wirtschaft garantiert, alles daran zu setzen, der Not so viel als irgend möglich zu steuern. Das Reichswehrprophet innerhalb der Amtshauptmannschaft Weizen ist ein Teil des „Sächsischen Volksoffiziers“. Der Erfolg des Reichswehrpropheten muß ein großer sein, wenn er in der Öffentlichkeit mit Achtung betrachtet soll. Darum geht Eure Spenden zum Reichswehrpropheten in der Amtshauptmannschaft Weizen, damit die Spenden einheitlich im Bezirke zusammenfließen. Verschließt Euch nicht den Vertretern Eurer Organisationen, wenn sie in den kommenden Tagen Eure Beiträge zum Reichswehrpropheten erbitten. Einzahlungen können auch erfolgen auf das Konto „Reichswehrprophet“ bei der Deutschen Bank in Weizen.

Das Abzeichen der Deutschen Turnererschaft. Der Kreisverband des 14. Turnkreises (Sachsen) steht auf verschiedene Anfragen hin fest, daß sowohl das alte als auch das neue Abzeichen der D. T. von der sächsischen und preussischen Regierung als unpolitisch anerkannt ist und daher jederzeit getragen werden darf.

Das teuere Ei. Vom Amtsgericht Jena wurde Ende voriger Woche eine Bauersfrau, die ein Ei für eine halbe Billion verkauft hatte, zu einer Woche Gefängnis und 25 Goldmark Geldstrafe verurteilt. (Merkt euch, ihr — Hühner!)

Darauf sanken die Preise. . . . Was für merkwürdige Ursachen doch zuweilen zum Sinken der Preise führen! Ein solcher Fall wird aus Hamburg gemeldet. Dort wurde der Viehhändler Lüders aus Blüchstadt, der für Schweine pro Pfund Lebendgewicht 1,5 Billionen verlangt hatte, wegen Wuchers festgenommen und 17 Schweine im Gesamtgewicht von 5000 Pfund wurden beschlagnahmt und verwertet. Darauf sanken die Fleischpreise rapid.

Gedenket der Vögel, denen der Tisch verschneit ist! Auch der Kettenhunde, welche euch Haus und Hof bewachen, der Jaguhunde, welche oft schwer arbeiten muß. Vernachlässigung in der Ernährung wie Unterkun . . . apfinden auch sie schwer.

Einsparung von Freimarken. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Es ist in den Zeitungen

Sollar: 4. Dezember: 420000000000
Sollar: 5. Dezember: 420000000000
1 Goldmark: = 1 Billion Papiermark

und Verordnungsblättern wiederholt bekannt gemacht worden, daß zum 1. Dezember wertbeständige Freimarken herausgegeben und die Marken der Papiermarktwährung selbst wenn sie zum vierfachen Nennwert eingekauft worden sind nur zum Nennwert bei der Freimachung angerechnet werden. Gleichwohl scheinen sich in den Händen der Verbraucher größere Markenvorräte zu befinden, die nach Mitteilungen an die Postbehörde angeblich zum vierfachen Preis eingekauft, infolge der jetzigen Beschränkung auf den einfachen Nennwert aber um 3/4 entwertet sind. Den Anträgen der Bezüher, sie für den Wertverlust schadlos zu halten, steht zwar kein Rechtsanspruch zur Seite; das Reichspostministerium hat aber aus Billigkeitsgründen genehmigt, daß solche Marken bis zum 15. Dezember bar oder gegen wertbeständige Marken zum vierfachen des Nennwerts eingelöst werden. Die Einlösung ist schriftlich beim Verkehrsamt zu beantragen; dabei ist einwandfrei nachzuweisen, daß die Marken bei der Post für den vierfachen Preis erworben worden sind und bis Ende November nicht haben verwendet werden können.

□ Einlösung von Briefmarken. Von den in der Zeit vom 26. bis 30. November an den Postschaltern zum vierfachen Preise verkauften Freimarken scheinen sich noch ziemliche Vorräte in den Händen einzelner Personen und Geschäfte zu befinden, obwohl seitens der Post rechtzeitig vor zu weitgehenden Einkäufen gewarnt und ausdrücklich darauf hingewiesen war, daß diese Marken vom 1. Dezember an nur zum einfachen Nennwert verwendet werden dürfen. Das Reichspostministerium hat sich nun bereit erklärt, diese Marken bis zum 15. Dezember bar oder gegen wertbeständige Marken zum vierfachen des Betrags des Nennwertes einzulösen zu lassen. Entsprechende schriftliche Anträge sind an die zuständige Postanstalt zu richten. Darin ist einwandfrei nachzuweisen, daß die Marken in der angegebenen Zeit bei der Post für vierfachen Preis erworben sind und bis Ende November nicht haben verwendet werden können.

Aus der Landeshauptstadt.

Dresden, 5. Dezember 1923.

Sinken der Viehpreise. Auf dem hiesigen Schlachtviehmarkt vom Montag sind die Preise gegenüber der Vorwoche sehr erheblich gefallen. Der Abschlag schwankt zwischen 25 und 50 Prozent. Ebenso ist der Preis für bestes ausländisches Gestrüchfleisch von der vorigen Woche gegenüber dieser Woche sehr stark gefallen und zwar von 900—1100 Milliarden Mark je Pfund in der vorigen Woche auf 530—600 Milliarden Mark am heutigen Montag.

Viehstand in Sachsen. Die am 1. Oktober im Freistaat Sachsen vorgenommene Viehzählung, die sich aber nur auf Rindvieh, Schweine und Ziegen erstreckt, hat folgenden Bestand ergeben: Rindvieh 687 135 Stück (5703 weniger als am 1. Dezember 1922), Schafe 104 189 (Zunahme 14 995), Schweine 570 205 (Zunahme 62 609), Ziegen 334 419 (Zunahme 54 777).

Falschmünzer. Von der Polizei wurden zwei Personen festgenommen, die versuchten, 20-Millionenscheine, die sie in 20-Billionenscheine gefälscht hatten, in den Verkehr zu bringen. In drei Fällen ist ihnen die Herausgabe gelungen, beim vierten Versuch wurde die Fälschung sofort erkannt und die Festnahme der Fälscher veranlaßt.

Aktiengesellschaft Sächsische Werke. Die Regierung beabsichtigt, die staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke in eine Aktiengesellschaft unter Bezeichnung Aktiengesellschaft Sächsische Werke umzuwandeln. Die Zustimmung des Landtages hierzu wird durch Vorlegung eines besonderen Gesetzes eingeholt werden. Dagegen sollen die übrigen verbundenen Staatsbetriebe, die Hüttenwerke, das Blaufarbenwerk, die Porzellanmanufaktur und die Kalkwerke als reine Staatsbetriebe erhalten bleiben und wie bisher weiter bewirtschaftet werden.

Aus dem Freistaat Sachsen.

Weizen. Von der Reichswehr (12. Reichswehr-Regiment, 4. Eskadron) wurden am vergangenen Sonntag abend im Vorhofe der Neumarktschule zweihundert alte vom Fürsorgeamt ausgewählte Frauen aus einem fahrbaren Feldkessel mit Mittagessen gespeist. Die alten Frauen nahmen gern und freudig das äußerlich schmackhafte Essen entgegen. Das Vorgehen der Reichswehr ist um so dankenswerter, als die Kosten für die Speisung durch freiwillige Gaben der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aufgebracht worden sind.

Weißborn bei Freiberg. Für die 1917 enteigneten Kirchenglocken ist, hauptsächlich durch Stiftungen aus Landwirtschaftskreisen, ein neues Geläute, bestehend aus drei von der Firma Biegel u. Co. in Dresden gegossenen Bronzeglocken, beschafft und bereits im Glockenstuhl befestigt worden. Die Weiherede hielt der Ortspfarrer über Psalm 118, 24.

Wurzen. Der Besitzer des Rittergutes Heyda, Viktor von Carlowitz-Hartig, hat sämtlichen Einwohnern von Heyda, einschließlich der Kinder, je 60 Pfund Brot gestiftet mit der Bestimmung, daß dieses nach Bedarf beim Bäcker abgeholt werden kann. Dieses Hilfswerk erstreckt sich nicht nur auf die Familien der beim Rittergute beschäftigten Landarbeiter, sondern kommt auch den Familien der in Heyda wohnenden Steinbrecher zugute, die zurzeit ohne Erwerb sind.

Eißberg. Da die fernere Heizung der Kirche aus Kirchensteuermitteln unmöglich ist, sollen alle Gemeindeglieder, die an den kommenden Winterfesten zur Kirche gehen, je ein Bricket mürbringen. Bei der Sakristei wird ein Gasfaß aufgedeckt werden, in den das mit-

gebrachte Heizmaterial wie in eine Weihnachtsparade eingeworfen werden kann.

Langenau. Die hiesigen Landwirte haben soviel Getreide gesammelt, mahlen und backen lassen, daß auf jeden der Sozial- und Kleinrentner ein Vierfundbrot kommt. Auch haben sie beschlossen, dieses Hilfswerk zu wiederholen und auch zu Weihnachten wieder, wie schon voriges Jahr, Naturalien zu sammeln und an Bedürftige zu verteilen. Da 180 Rentner in Frage kommen, ist das immerhin ein anerkennenswertes Opfer.

Stauchau. Im Dorfe Stangenrün wurden abends Scheune und Schuppen des Gutsbesizers Brückner das Opfer eines Brandstifters. Landwirtschaftliche Maschinen, Getreide- und Futtermittelvorräte wurden vernichtet. Das schwerbedrohte Wohnhaus mit eingebauter Stallung konnte durch schnelle Löschhilfe erhalten werden.

Zwickau. Ein von dem feinerzeit in Zwickau liegendes 1. (Breuß.) Bataillon des 18. Inf.-Regts. in Reichenbach gehaltenes Konzert ergab 400 Billionen Reinertrag für das „Sächsische Volksoffer“. Das Bataillon hat durch Konzerte und freiwillige Spenden der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften bereits 733 Billionen aufgebracht.

Stollberg. Die Reichswehr hat auch hier neben der Durchführung ihrer eigentlichen Aufgabe in dankenswerter Weise in erheblichem Maße die Not der Armen und Alten zu lindern gewußt. Täglich wurden mittags aus der Feldküche über 100 Schulkinder gespeist; die Jägerkapelle des Bataillons bestritt ein Kirchenkonzert zum Nutzen der notleidenden Geistlichen; ein Wohlthatigkeitskonzert mit anschließendem geselligen Beisammensein erbrachte über sechzig Billionen Mark Reingewinn für die Altersspeisung, der sofort in Waren angelegt wurde; ein Reit- und Sportfest schloß mit einem Reingewinn von 71 Billionen Mark für das sächsische Volksoffer ab.

Neueste Meldungen.

Stillelegung der Notenzentrale.

Berlin, 4. Dezember. Die ziemlich ausreichende Versorgung der gesamten Wirtschaft mit Rentenmark hat es möglich gemacht, nimmere die Notenzentrale so gut wie vollständig stillzulegen. Während man zunächst noch die Papiermark in geringem Umfang weiterdrucken wollte, um allen unvorhergesehenen Fällen gegenüber gewappnet zu sein, hat man sich neuerdings entschlossen, nur noch die „Ausläufer“ der Papiermarkproduktion zu erledigen, das heißt, die noch laufenden Aufträge zu Ende zu führen.

Sechs Personen ertranken.

Magdeburg, 4. Dezember. In Stolberg am Harz sind beim Schlittschuhlaufen auf einem Weiher fünfzehn Personen ertrunken, wovon sechs ertranken.

Keine Handeskriftkopranie in Bayern mehr.

München, 4. Dezember. Der Generalkommissar hat eine Verordnung über die Entwertung der sogenannten Risikoprämien aus der Kalkulation erlassen mit der Begründung, daß durch die Verwertung mit wertbeständigen Zahlungsmitteln und infolge des Umstandes, daß sich der Wert der Papiermark im In- und Auslande ausgeglichen habe, solche Einfallskulierung nicht mehr nötig sei. Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe in unbeschränkter Höhe geahndet. Außerdem erfolgt Einziehung der Gegenstände, bei denen die Preise unter Einfluß der Risikoprämie kalkuliert wurden.

Beitragsabschluss des Stahlwerkes Hoersch.

Darmstadt, 4. Dezember. Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch A.-G. hat jetzt im Rahmen des Gesamtvertrages ebenfalls ein Abkommen mit der französischen Kontrollkommission abgeschlossen. Infolgedessen kann der Betrieb wieder aufgenommen werden. Die Vorarbeiten sind bereits beendet.

Folgenschweres Bombenattentat.

Wieslitz, 4. Dezember. Ein folgenschweres Bombenattentat verübten bisher unbekannt Täter auf eine in den gestrigen Abendstunden im Schießhausaal zu Wieslitz einberufene deutsche Versammlung. Es wurden zwei Bomben in der Richtung des Rednerpultes geworfen. Während der Explosion wurde noch eine Handgranate durch ein Fenster geworfen. Es entstand eine ungeheure Panik. Die Bomben richteten verheerenden Schaden an. Es wurden drei Personen schwer und dreißig leicht verletzt.

Belgische Stimme über das Ruhrgebiet.

Paris, 4. Dezember. „Independence Belge“ veröffentlicht einen Artikel des Universitätsprofessors Maurice Anseaux mit der Überschrift: „Die Stunde der Barmherzigkeit.“ Alle Auskünfte, so heißt es darin, zeigten, daß im Ruhrgebiet ein unglückliches Elend herrsche, die Bevölkerung hungere und friere, die Preise seien zweifach oder dreifach so hoch wie im übrigen Deutschland, Minderungen seien an der Tagesordnung. Es ist unmöglich, sich nicht über eine derartige Lage aufzuregen. Die am wenigsten Schuldigen in Deutschland sind die, die am strengsten bestraft werden. Die breiten Volksmassen leiden am grauenhaftesten. Wäre Barmherzigkeit unter diesen Umständen nicht eine gute Politik?

verschiedene Meldungen.

Berlin. Am 29. v. M. sind die Franzosen abermals in die Druckerlei von E. Marx in Rütcheln a. N. eingedrungen und haben dort 90 000 Billionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen.

Berlin. Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem italienischen Votschafter das aufrichtige Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung anlässlich der Überschwemmungskatastrophe in Oberitalien ausgesprochen.

München. Nach hiesigen Mitteilungen ist es unrichtig, wenn in der auswärtigen Presse von einer Regierungskrise in Bayern gesprochen wird. Dagegen besteht die Wahrscheinlichkeit einer Ministerkrise hinsichtlich einer anderweitigen Besetzung der Ministerien des Innern und der Landwirtschaft.

Paris. Aus Straßburg wird gemeldet, daß am 17. 12. dem Landesrat ein Gesepentwurf unterbreitet wird, wodurch das Generalkommissariat für Elsaß-Lothringen ab 1. 7. 1924 aufgehoben wird.

Verleger und Drucker: Arthur Zichauke, Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Anzeigenteil: Arthur Zichauke, beide in Wilsdruff.

Schönes Weihnachtsgeschenk: Seibel & Raumann Nähmaschinen, auch versenkbar, empfiehlt Arthur Fuchs, am Markt.

Für alle Liebe, welche uns bei dem Hinscheiden zur letzten Ruhe unserer herzensguten

Dorchen

zuteil geworden ist, ganz besonders durch Wort, Lied und Schrift sowie für den herrlichen Blumenschmuck und für das freiwillige Tragen der lieben Jugend, drängt es uns, allen dafür

recht herzlichst zu danken.

Der liebe Gott bewahre alle vor solchen herben Schicksalsschlägen.

Dir aber, liebes Dorchen, rufen wir ein Habe Dank, Ruhe sanft auf Wiedersehen zu.

Blankenstein, am 5. Dezember 1923.

Die trauernde Familie

Emil Philipp

2458

nebst allen Hinterbliebenen.

Zur Aufklärung.

Mit dem 1. Dezember haben die Ärzte den Krankentassen den vertragslosen Zustand erklärt und ihre Tätigkeit für die Krankentassen eingestellt. Sie begründen ihre Maßnahme damit, daß eine Verordnung des Reichsarbeitsministers, die dieser zur Sicherstellung der Krankenhilfe unter dem 30. 10. 1923 erlassen hat, für die Ärzte unerträgliche Bestimmungen bringe.

Tatsächlich handelt es sich bei der erwähnten Verordnung darum, die Kassenärzte zu verpflichten, eine nicht erforderliche Behandlung abzulehnen, die erforderliche Behandlung, insbesondere hinsichtlich Art und Umfang der ärztlichen Versorgung, sowie der Verschreibung von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln auf das notwendigste Maß zu beschränken und alles zu vermeiden, was eine unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenhilfe herbeiführen kann.

Es handelt sich sonach um Selbstverpflichtungen, die zu erfüllen jeder anständige Arzt auch ohne gesetzlichen Zwang bestrebt sein wird. Jede Krankentasse würde berechtigt sein, auch ohne Bestehen dieser Verordnung einem Arzt das Vertragsverhältnis gemäß § 626 BGB. (wichtiger Grund) zu kündigen, falls er diesen Anforderungen nicht entspricht. Nur hätte dieses Verfahren für den Arzt den Nachteil, daß er seine Ansprüche in einem langwierigen Zivilprozeß geltend zu machen hätte, während ihm die Verordnung der Reichsregierung das Recht gibt, seinen Widerspruch bei einem Ueberwachungsaußschuß geltend zu machen, der aus Ärzten und Krankentassenvertretern besteht und der endgültig entscheidet.

Wenn sich die Ärzte gegen so vernünftige Feststellungen und gegen ein so einwandfreies kostenloses und binnen wenigen Tagen endgültig entscheidendes Verfahren, das gleichwohl alle Rechtsgarantien bietet, wenden, so läßt das allerdings Schlüsse zu auf die Absicht der Ärzte, bei ihren ärztlichen Verrichtungen sich nicht auf das notwendige Maß zu beschränken, das im Interesse der Krankenversicherung unbedingt gefordert werden muß.

Das Vorgehen der Ärzte ist um so weniger berechtigt, als durch neuere Verordnung der Reichsregierung alle Maßnahmen der Krankentassen zur Durchführung dieser Bestimmungen vorher dem oben erwähnten Ueberwachungsaußschuß vorzulegen sind. Auch das sächsische Ministerium des Innern und das Arbeitsministerium haben die Ärzte unzweideutig erkennen lassen, daß ihr Vorgehen sich nicht auf das Gesetz stützt und die Aufhebung der Verträge widerrechtlich ist. Bei Verhandlungen im Ministerium des Innern, die am 30. November stattgefunden haben, haben die Ärzte überdies erkennen lassen, daß sie weitergehende Ziele haben und das Selbstverwaltungsrecht der Krankentassen bekämpfen, insbesondere die ehrenamtlich tätigen Vorsitzenden der Krankentassen durch Beamte ersetzt wissen möchten.

Die Unterzeichneten glauben diese Darstellung des Sachverhalts der Öffentlichkeit schuldig zu sein und sind gewiß, daß die Krankentassen in dem von ihnen nicht gewollten Kampf Verständnis bei allen Beteiligten finden werden.

Die Ortskrankenkassen Wilsdruff-Stadt u. Land.

Briketts Rohbraunkohle Brennholz

Reis auf Lager, empfiehlt zu billigsten Tagespreisen

Starke, Grumbach.

Seifen- u. Schuhcrem-Fabrikation im Hause richten wir ein. Dauernde und sichere Existenz, besond. Räume nicht nötig. Auskunft kostenlos. Rückporto erwünscht. Chemische Fabrik Heinrich & Münkner Zeitz-Weißdorf.

„Sächsisches Volksoffer“ Volk in Not!

Wohl hält die Ruhe und Sicherheit dank der Maßnahmen der Reichsregierung im Lande langsam wieder Einkehr. Noch immer aber steht drohend und in ungeahnter Furchtbarkeit das Gespenst des Hungers und der Arbeitslosigkeit mit seinen verderblichen Folgen vor der Tür. — Ich habe von vornherein darüber keinen Zweifel gelassen, daß diese Folgen mit Gewalt nicht zu beseitigen sind. Deshalb habe ich schon in meinem Aufruf vom 20. Oktober 1923 die Milderung der Ernährungsschwierigkeiten als meine vornehmste Aufgabe bezeichnet. Es kam daraufhin dankenswerte Hilfe von vielen Seiten. Gewaltiger aber als alle die reichen Mittel war der Sturz der Mark. Die Not wuchs und wuchs, und sie wächst weiter. — Von Tag zu Tag erhöht sich die Zahl der Erwerbslosen, und schon geht sie in die Hunderttausende. Derartig große Notstände konnten wohl nicht durch Maßnahmen im Rahmen der Staatsverwaltung behoben werden. So groß ist heute die Not des Volkes, daß sie nur noch aus der Volksgemeinschaft beseitigt werden kann. — Ich wende mich daher an das Volksganze. Die erwerbs- und berufsständischen Kreise in Stadt und Land bitte ich dringend:

Helft den Ärmsten der Armen!

Damit helft Ihr Euch selbst, damit erhaltet Ihr unser geliebtes Sachsenland. Mit den vereinten Kräften aller Stände und Schichten muß die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt werden. Damit werden die Ursachen der gegenwärtigen Not beseitigt. Gleichzeitig aber soll die schwierige Lage weiter Kreise des Volkes (Erwerbslosen, Kleinrentner) durch meine Maßnahmen gelindert werden. Für beides ist Voraussetzung, daß die Ruhe und öffentliche Sicherheit und damit die Grundlage für wirtschaftliches und staatliches Gedeihen überhaupt wiederhergestellt und aufrechterhalten wird. — Schafft mir die Mittel, deren die Wohlfahrtsanstaltungen bedürfen, um ihre großen und täglich größer werdenden Aufgaben zu erfüllen. — Ohne Geld keine Massenmahlzeiten! — Ohne Geld keine Wärmestuben, keine Winterkleidung, wenn die Kälte eintritt! — Je mehr ich unterstützt werde in der Hilfe für die wirklich Hungernden und Frierenden, um so tatkräftiger kann ich mich gegen die wenden, die das Elend nur zum Vorwand ihres gefährlichen Treibens nehmen. — Auch die kleinste Gabe ist willkommen. Wertbeständige Anlegung soll sie vor Entwertung schützen. Wer es aber kann, der gebe wertbeständige Mittel.

Volk in Not!

Der Ruf heißt nicht Brosamen vom Ueberfluß, er fordert gebieterisch wirkliche Opfer praktischer Nächstenliebe. — Darum geht reichlich. Doppelt gibt, wer sofort gibt. Die Mittel sollen in erster Linie in den Bezirken verwendet werden, die sie ausbringen.

Der Militärbefehlshaber. Müller, Generalleutnant.

Diesen Aufruf unterstützen die nachstehenden Berufsvertretungen mit der Bitte, dem Militärbefehlshaber die von ihm erbetenen Mittel recht reichlich zur Verfügung zu stellen.

Verband Sächsischer Industrieller: Moras, Vorsitzender. Dr. März, Syndikus.

Handelskammer Plauen: Uebel, Vorsitzender.

Handelskammer Chemnitz: Gulden, Vorsitzender.

Handelskammer Dresden: Schleich, Vorsitzender.

Handelskammer Leipzig: Volte, stellv. Vors.

Handelskammer Zittau: Huise, stellv. Vors.

Landeskulturrat Sachsen: Steiger, Vors., Dr. Schöne, Direktor.

Giroverband sächsischer Gemeinden mit Girozentrale Dresden und sämtlichen Girokassen: Bürgermeister Dr. Eberle.

Vereinigung von Dresdner Banken und Banke: Dresdner Bank: Reimer u. v. Klempner, Vorsitzende.

Vereinigung Dresdner Privatbankiers: Dr. Heinrich Arnold, Vorsitzender.

Zentralverband des Deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Dresden: Dr. Gienkel, Syndikus.

Gewerbelammer Plauen: Herold, Vorsitzender.

Gewerbelammer Chemnitz: Heidrich, Vorsitzender.

Gewerbelammer Dresden: Wischke, Vorsitzender.

Gewerbelammer Leipzig: Thalheim, Vorsitzender.

Gewerbelammer Zittau: Rech, Vorsitzender.

Sächsischer Landbund: Schreiber, Vorsitzender. Heller, Direktor.

Landesausschuß des sächsischen Handwerks: Kunzsch, 1. Vorsitzender. Weber, Syndikus.

Sächsischer Einzelhandelsverband: Gustav Heinrich, Vorsitzender.

Landwirtschaftsbank Wilsdruff

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Fernsprecher Nr. 11 und 50.

Kassenzelt von 8—12 Uhr vorm.

Wir sind in der Lage, aus dem Lager der **Maschinenzentrale landwirtschaftl. Genossenschaften A.-G., Dresden**

ein äußerst günstig. Sonderangebot

in landwirtschaftl. Maschinen u. Geräten zu machen.

Ferner geben wir vorteilhaft

Futter- und Düngemittel.

Wir kaufen jeden Posten Getreide in wertbeständigen Zahlungsmitteln.

Die älteste Rossschlächterei

Speisewirtschaft und Pferdegeschäft im **Plauenschen Grunde.**

Inhaber: **Kurt Siering**

Freital-Potschappel, Tharandter Str. 25.

Fernruf Amt Deuben Nr. 151

kaufte Schlachtpferde z. allerhöchst. Preisen

Bei Unglücksfällen sofort Tag und Nacht mit Transportgeschirr zur Stelle.

Tüchtiges, ehliches Mädchen,

welches melken kann, für ll. Landwirtschaft bei Familienanschluß für 1. 1. 24 gesucht. Ang. u. 3443 a. b. Geschäftsstf.

la Fettheringe

verkauft oder tauscht gegen landwirtschaftliche Produkte. Arthur Wallas - Großsch.

Beachten Sie die Anzeigen

Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau

Älteste Gartenbau-Zeitschrift Deutschlands Mit Beilage Geflügel- u. Kleinvieh-Wirtschaft

Unentbehrlich für Gartenbesitzer

Probenummern und Verzeichnis von Gartenbau-Literatur vom Verlag Trowitsch & Sohn, Frankfurt-Oder.

Gebrauchter guterhaltener

Puppenwagen

zu kaufen gesucht, ev. Tausch. Parkstr. 134A, part. links.

Hasen

verkauft Hotel „Weißer Adler“.

Kleine Anzeigen haben große Wirkung

METALL-KORTE

Inh. Willi Aug. Korte kauft Gold-, Silb.-, Platin-, Dublec-Gegstände, Zähne u. Gebisse

Dresden-A., 20 Wettinerstraße 20 nahe Postplatz.

Nah und Fern.

Drachlose Telephonie im Schwarzwald. Nach Versuchen, die in Freiburg i. B. angestellt wurden, gestattet der Schwarzwald für den Fernverkehr Wellen von den Stationen Berlin, London, Paris, Mailand usw. aufzunehmen.

700 Bücheranzeigen in Gesehmünde. Infolge einem einstimmig erfolgten Beschluß hat der Einzelhandel im Unterwesergebiet bei Papiermarktzahlung einen Erwerbsaufschlag von 25 Prozent in Ansatz gebracht.

Auslandschiffe und Deutschlands Not. Dem Kardinal-erzbischof in Köln sind von den Bischöfen in Fünffachen und Bag 3 500 000 ungarische Kronen zur Linderung der Not zur Verfügung gestellt worden.

Kostbares Todesurteil. Der Schlosser Andreas Heringer, der wegen Doppelraubmordes an dem Oberamtsrichter Kubler und dessen Haushälterin in St. Georgen am Ammersee vom Volksgericht Augsburg zum Tode verurteilt wurde, ist jetzt in Augsburg durch Erschießen hingerichtet worden.

Einbrecher im bayerischen Nationalmuseum. In der Nacht zum 30. November hat ein unbekannter Täter einen Einbruch in das bayerische Nationalmuseum in München verübt.

Das Doppelleben eines Willenbesizers. Aus Bad Werra wird gemeldet: Der hier wohnende Willenbesitzer und Privatmann Brachmann ist in Basel bei einem Einbruchsdiebstahl in ein Juweliergeschäft angetroffen und auf der Flucht erschossen worden.

Kein Rückkauf von Orden und Ehrenzeichen. Das preussische Staatsministerium hat mit Rücksicht auf die erweiterte Mark die bisherigen Bestimmungen außer Kraft gesetzt.

Für die Erhaltung des Kölner Doms. Der Verwaltungsausschuß des Zentraldombauvereins hat an den preussischen Minister für Volkswohlfahrt eine Eingabe gerichtet.

Wirtschaftliche Lage der Deutschen im besetzten Gebiet sei verhältnismäßig schlecht, daß es dem Verein unmöglich sei, auch nur einen kleinen Teil der Gelder für Löhne und Werkzeuge zu beschaffen.

Hilfsaktionen für Deutschland. Aus verschiedenen Ländern kommen neue Nachrichten über Hilfsaktionen für Deutschland. In Madrid fanden am Sonntag in allen Theatern Sammlungen zugunsten deutscher Notleidender statt.

Erbrochene Amerikabriefe. In der Nähe von Alfeld fand ein Hilfsweidenscheller in einer Hede am Bahndorfe ein kleines Paket. Der Inhalt bestand aus 41 erbrochenen Briefen aus Amerika.

Falsche Gerüchte über einen deutschen Dampfer. Gerüchte, die über den Untergang des deutschen Dampfers „Polonio“ verbreitet waren, haben sich nicht bewahrheitet.

Selbstmord oder Mord? Aus Paris wird berichtet: Der geheimnisvolle Tod Philippe Daubets, des 15jährigen Sohnes des royalistischen Abgeordneten Léon Daudet, erregt in der Öffentlichkeit unvermindertes Aufsehen.

Autounfall Baldwin. Der englische Ministerpräsident Baldwin ist, als er im Auto nach London fuhr, bei einem Zusammenstoß mit einem andern Auto mit knapper Not einem schweren Unfall entgangen.

Grubenunglück in England. In einem Bergwerk bei Sheffield stürzten infolge Bruches eines Kabels zwei Fahrstühle in die Tiefe.

Die deutsche Einwandererquote in Amerika. Einer Vätermeldung aus New York zufolge werden dort am Sonntagabend etwa 5000 deutsche, polnische und italienische Einwanderer einströmen.

Drei Verbrecher angeschossen. Von einem Polizeibeamten angeschossen und schwer verletzt wurden in Berlin drei Brüder Lucas, die familiell Chauffeur sind.

Vermischtes.

Die Befähigungsmöglichkeit angeblich „unheilbarer“ Geisteskranker. Der Schweizer Arzt Dr. Hauswirth hat beim Schweizer Bundesrat den Antrag auf Abänderung des schweizerischen Irrengesetzes gestellt.

Unterseeantars. Nach englischen Vätermeldungen beabsichtigt die britische Admiralität, im nächsten Jahre mit Hilfe kleiner Unterseeantars zur Hebung von zahlreichen gesunkenen Schiffen zu schreiten.

Entdeckung eines bedeutenden Grabgewölbes. Vor einigen Tagen brach in Petersburg der Fußboden in der Peter-Pauls-Kirche durch.

Rentenmarktschreierisches. Ein Schweizer Großkaufmann, der für eine Geschäftskreisreise nach Berlin Rentenmark brauchte, erzählte bei seiner Ankunft in der Reichshauptstadt, daß ihm von mehreren namhaften Schweizer Banken die Abgabe von Rentenmark als eine Unmöglichkeit beigegeben wurde.

Wenn der Chef Geburtstag hat. An dem Schaufenster eines Berliner Fleischerladens prangte dieser Tage folgendes Plakat: „Bei Zahlung in Goldbanknote 10 Prozent Rabatt.“

Die Opfer des japanischen Erdbebens. Nach einer Meldung aus Tokio ergeben die vom japanischen Kriegsministerium veröffentlichten Statistiken über die Opfer der Erdbebenkatastrophe im September, daß die Gesamtzahl der Toten sich auf 99 375 beläuft.

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

„Hörst du, die Pahlowitzer Mannschaft!“ Klang sein helles, befehlsgewohntes Organ. Ein Flugfeuer sprühender Funten stob über ihn hinweg, daß das Pferd schon zurückstapfte und die Menge freischend auseinanderwich.

In ihren Schläfen hämmerte es dumpf, ein wütendes Entsetzen schnürte ihr fast die Kehle zu. Nur irgend etwas tun in dieser furchtbaren Stille, die das Blut erstarren machte.

Doch schon ergriffen ihn kräftige Fräule und rissen ihn ganz ins Freie. Noch einmal sah er das Bild des brennenden Hauses, über dem jetzt trachend und prasselnd der Dachstuhl zusammenbrach.

